



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 54; März 2007

Liebe Leserin, lieber Leser,

Zu den zentralen Themen der März-Plenartagung des Europäischen Parlaments gehörten unter anderem der "Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010", die Debatte zu den Ergebnissen des Europäischen Frühjahrgipfels sowie das "Open-Sky"-Abkommen zwischen der EU und den USA. Darüber hinaus gedachte das Europäische Parlament nun schon zum dritten Mal der Opfer der Attentate in Madrid vom 11.03.2004. Ich selbst hatte außerdem die Gelegenheit, mich mit dem türkischen Chefunterhändler für die Beitrittsverhandlungen, Wirtschaftsminister Ali Babacan, zu treffen.

Der Frühjahrgipfel

Die deutsche Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission informierten das Plenum über die Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels, der am 8. und 9. März in Brüssel stattfand. Im Mittelpunkt des Gipfels standen vor allem die EU-Energie- und Klimaschutzpolitik, aber auch Themen wie das Europäische Sozialmodell, die Handlungsfähigkeit der EU sowie die wirtschaftliche Dynamik in der Gemeinschaft. Bundeskanzlerin Merkel hatte bereits am 2. März im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung zum Frühjahrgipfel abgegeben. 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge

zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sieht die Kanzlerin Europa erneut vor historischen Herausforderungen: Heute gelte es, die Europäische Union an die veränderte Weltlage anzupassen - ökonomisch wie ökologisch. Nur wenn Europa wirtschaftlich erfolgreich sei, könne die EU auch in Zukunft ihre Werte behaupten und bleiben, was sie ist: "Ein Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands".

Die Gleichstellung von Frauen und Männern

Das Bemühen um die Gleichstellung von Frauen und Männern ist seit langem ein Schwerpunkt der Arbeit des Europäischen Parlaments. Es gibt noch immer viel zu tun, denn Gewalt und Diskriminierung sind Alltag für viele Frauen und "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist nach wie vor eher Theorie als Praxis. Das EP forderte, negative Klischees zu überwinden und die Rechte der Frau in den Mitgliedsstaaten, aber auch über die Grenzen Europas hinaus zu stärken. Die Kommission legte ihren "Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010" vor. Dieser "Fahrplan" enthält langfristige Perspektiven zur Förderung der Gleichstellung, so zum Beispiel die Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie im Bezug auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit oder die Durchsetzung der Geschlechtergleich-

stellung im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik.

Mehr Betreuungseinrichtungen

Auf dem Europäischen Rat von Barcelona 2002 hatten die Staats- und Regierungschefs beschlossen, die Hemmnisse zu beseitigen, die Frauen von einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten. Damals wurde gefordert, in allen Mitgliedstaaten bis 2010 Betreuungsplätze für mindestens 90% der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33% der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen. Die Deutsche Ratspräsidentin nahm vor dem Europäischen Parlament zu den bisher erreichten Zielen Stellung und zeigte sich zuversichtlich, dass die genannten Ziele bis 2010 erreicht werden können.

Agentur für Flugsicherheit

Das EP unterstützte den Vorschlag zur Ausweitung der Kompetenzen der Agentur für Flugsicherheit (EASA). Ziel ist die Förderung höchstmöglicher Sicherheits- und Umweltstandards in der Zivilluftfahrt. Künftig sollen die Zuständigkeiten der EASA auf Flugbetrieb, Pilotenlizenzen und Drittlandluftfahrzeuge ausgedehnt werden. Die EASA wurde 2002 gegründet und ist für die Lufttüchtigkeit und die Umweltverträglichkeit von Luftfahrerzeugnissen, Teilen und Ausrüstungen zuständig.

Open-Sky-Abkommen zwischen der EU und den USA

In einer Resolution begrüßte das Europäische Parlament den Entwurf für ein Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und den USA als einen wichtigen Schritt zu einem integrierten transatlantischen Luftverkehrsmarkt, von dem die Verbraucher profitieren werden. Die Aushandlung eines Abkommens zwischen der EU und den USA war nötig geworden, nachdem der Europäische Gerichtshof im Jahr 2002

Teile der bestehenden bilateralen Abkommen zwischen den EU-Mitgliedsländern und den USA als unvereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht einstuft. Das neu verhandelte Abkommen soll den Fluggesellschaften der 27 EU-Mitgliedsstaaten und der USA ungehinderten Zugang zu den jeweiligen Lufträumen erlauben und die bisher geltenden zwischenstaatlichen Abkommen mit den USA ersetzen.

Die türkische Sicht der Dinge

In dem fast zweistündigen Gespräch mit Minister Babacan ging es um das Zypern-Problem ("Die griechische Seite muss sich bewegen, nicht wir!"), um den Armenier-Genozid ("Wir werden nicht auf die Forderungen der EU eingehen.") sowie um die Verbesserung der Situation der Frauen in der Türkei ("Ach, Sie wissen doch, dass eine so tief greifende gesellschaftliche Veränderung viele Jahrzehnte braucht; immerhin unternehmen wir Einiges gegen Analphabetismus."). Die Entscheidung des EU-Ministerrates, wegen der Nicht-Anerkennung Zyperns seitens der Türkei acht Binnenmarkt-Kapitel vorerst nicht zu verhandeln und auch keines der übrigen Verhandlungskapitel mehr abzuschließen, bis die Türkei in der Zypernfrage einlenkt, beeindruckt Babacan nicht: "Wir arbeiten unabhängig davon auf unseren Beitritt zur EU hin."

Bis zum nächsten Straßburgbrief im April grüße ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de